

01.04.2015 (Aktualisiert 23:17 Uhr)

Melanie Kräuter

Im Streit zwischen BI und BRV gärt es

Mitglieder der Bürgerinitiative Erle kämpfen gegen die geplante Erweiterung des Speiseresteverwerters BRV



Der Stein des Anstoßes: Die Speisereste-Verwertungsanlage der Firma BRV in Rahmhaus soll erweitert werden.

MELANIE KRÄUTER

Kisslegg sz Es ist eine ziemlich verfahrenere Situation zwischen der BRV, dem Speiseresteverwerter, der seinen Betrieb erweitern will, der Bürgerinitiative Erle, die dagegen ist, und der Gemeinde Kißlegg: Eigentlich hätte es vergangene Woche einen Runden Tisch mit allen Beteiligten geben sollen. Doch die Erle sagte ihre Teilnahme ab. Grund ist eine drohende Unterlassungsklage von Seiten der Firma BRV.

Aber von vorne: Seit September vergangenen Jahres gibt es die Bürgerinitiative (BI) Erle. Bürger aus dem Raum Kißlegg, [Bad Wurzach](#) und Leutkirch haben sich zusammengetan, um gegen die geplante Erweiterung des Speiseresteverwerters BRV zu kämpfen. Die Firma ist in Rahmhaus angesiedelt, Bewohner von Immenried bis nach Arnach befürchten bei einer Erweiterung des Betriebs, dass Geruch, Lärm und Müll zunehmen – und ihre Lebensqualität abnimmt.

Gärreste als Dünger und Biogas

Anfang vergangenen Jahres hatte [Franz Rupp](#), Geschäftsführer der BRV, in den Gemeinderat seinen Plan zur Erweiterung seines Betriebs eingebracht. Momentan hat er die Genehmigung, 49 Tonnen Speisereste pro Tag zu verarbeiten. Geht es nach Rupp, sollen es bis zu 170 Tonnen täglich werden. Er bekommt von Molkereien, Gaststätten, Supermärkten und Metzgereien übrig gebliebene Waren geliefert. Bei der Vergärung entsteht Biogas und ein Substrat, das viele Landwirte – auch er selbst – als Dünger benutzen. Bei einer Erweiterung will er zudem eine Gärrestetrocknungsanlage bauen.

Franz Weiland betreibt ebenfalls eine Biogasanlage, er verarbeitet derzeit 25 Tonnen täglich, hat eine Erlaubnis für 49 Tonnen, und müsste bei einer Erweiterung der BRV seinen Betrieb auch ausbauen. „Aus Konkurrenzgründen“, wie er den Erle-Mitgliedern schon gesagt hat.

„Wir sind in der Zange zwischen beiden Anlagen“, sagt [Wolfgang Hinze](#), einer der Vorsitzenden der BI. „Wir schauen dem Ganzen schon viel zu lange zu“, ergänzt Melanie Maier, die ebenfalls im Vorstand ist.

Hinze wohnt mitten in Rahmhaus, eigentlich einer kleinen Idylle. Um das Haus herum sind grüne Wiesen und der unverbaute Blick auf die Alpen. Nur fahren inzwischen jeden Tag Lastwagen vor seiner Haustür Richtung BRV vorbei. Dass die schmalen Straßen dabei kaputt gehen, stört übrigens alle – Erle, BRV und die Gemeinde.

Vor 14 Jahren sei Hinze in das Haus gezogen, habe sich bewusst entschieden, dort zu leben. „Damals gab es zwei Landwirte, die jeweils eine kleine Biogasanlage betreiben.“ Das fand er nicht schlimm, denn nicht nur er, sondern auch die Bürgerinitiative spricht sich für regenerative Energien und energetische Nutzung von Speiseresten aus. Aber: „Diese Entwicklung war nicht abzusehen“, sagt Maier. „Wir sind inzwischen Entsorgungsregion für den ganzen süddeutschen Raum.“ Auch der Müll aus Stuttgart werde in Kißlegg verwertet und die Gärreste auf den Feldern ausgebracht. Drei von vier Speisewerwertungsanlagen des Landkreises Ravensburg stünden in Kißlegg und Bad Wurzach. Die Bürgerinitiative ist der Meinung, dass eine Anlage dieser Größenordnung in ein Gewerbe- oder Industriegebiet gehört.

Belastung der Böden

Es sind mehrere Sorgen, die die Mitglieder der Erle beschäftigen. Zum Einen die Geruchsbelästigung: Es komme vor, dass man mal mehrere Tage nicht das Fenster aufmachen könne. Auch ökologische Probleme sehen die Erle-Mitglieder. Die in einer Hammermühle zerkleinerten verpackten Lebensmittel dürfen bislang nach der Düngemittelverordnung (DüMV) als Gärreste 0,5 Prozent Fremdstoffe enthalten. Pro Tonne Gärs substrat (trocken) seien das bis zu fünf Kilo Fremdstoffe, heißt es auf der Homepage der Initiative. „Da landen Metall, Glas und Plastikteile auf den Wiesen“, sagt Heiko Benisch. Im lang andauernden biologischen Abbauprozess dieser Fremdstoffe würden chemische Substanzen wie Weichmacher freigesetzt und gelangten in Boden und Gewässer. Die Folge sei eine enorme Belastung des Grundwassers und der Böden, kritisiert die BI. Besonders bedenklich findet die Erle auch, dass die Gärreste in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten Gründleried/Rötseemoos ausgebracht würden und damit eine potenzielle Gefahr für das „sensible Ökosystem Hochmoor“ darstellten.

BRV-Geschäftsführer Franz Rupp widerspricht den Vorwürfen. „Wir versuchen, alles möglich zu machen, um Gerüche und Lärm in Grenzen zu halten.“ Alle vier Wochen würden die Gärreste von

einem Labor auf Krankheitserreger und Fremdstoffe überprüft, da sei immer alles in Ordnung. Im Schnitt seien nur 0,2 Prozent Fremdstoffe im Gärsubstrat enthalten. Auch könnten die von der Bürgerinitiative gefundenen Fremdstoffe auf den Feldern nicht von ihm stammen. Er bringe das Gärsubstrat mit einem sogenannten Schleppschauch aus, durch den wegen des geringen Durchmessers keine größeren Fremdstoffe passen.

Dem Landratsamt ist nur ein „Störfall“ bekannt, bei dem im Herbst Plastikteile von Joghurtbechern in die Gärreste und aufs Feld gelangt seien. Rupp habe das gemeldet und durch technische Änderungen sichergestellt, dass das nicht mehr passiert, sagt Landratsamtssprecher Franz Hirth. Auch die zulässigen Grenzwerte würden eingehalten.

Wie es weitergeht, ist unklar. Der Verwaltung wäre ein Bauleitverfahren am liebsten, aber vielleicht landet der Streit auch vor Gericht (siehe unten).

Drohende Klage

Der Bürgerinitiative hat Franz Rupp Ende Januar ein anwaltliches Schreiben geschickt und sie darin aufgefordert, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Grund: Es seien auf öffentlich ausliegenden Unterschriftenlisten mehrere falsche Tatsachen behauptet worden. „Wir können uns unseren Namen nicht kaputt machen lassen. Wir haben in der Entsorgungsbranche einen guten Ruf und sind für unsere Anlage im ganzen Land bekannt“, erklärt Rupp dazu. Die Erle hat die Erklärung nicht unterschrieben. Falsche Tatsachenbehauptungen seien korrigiert worden, ansonsten sieht der Erle-Anwalt die Aussagen mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. „Wir lassen uns nicht mundtot machen“, sagt Heiko Benisch. Ihr Anwalt riet den Erle-Mitgliedern, nicht zum Runden Tisch zu gehen, er wies auf die Gefahr hin, dass ihre Aussagen dort gegen die BI verwendet werden könnten. Rupp sagt, dass ein Runder Tisch ja keine öffentliche Angelegenheit und kein Anwalt dabei sei. Er nehme die Bedenken der Erle ernst. Er hoffe auch, dass noch ein Gespräch mit der Erle zustande kommt.

Laut dem Anwaltsschreiben der BRV (liegt der SZ vor) werde bei einer nicht unterschriebenen Unterlassungserklärung der Klageweg beschritten. „In Anbetracht der drohenden Klage sehen wir zudem derzeit keine Basis für einen konstruktiven Austausch mit der Firma BRV“, heißt in der Absage der Erle zum Runden Tisch. (mek)

Die Verwaltung ist für ein Bauleitverfahren

Die Initiative des Runden Tisches war von der Gemeinde ausgegangen, denn die sitzt ein wenig zwischen den Stühlen. Kißleggs Bürgermeister Dieter Krattenmacher hofft, dass die Beteiligten doch noch miteinander reden werden, zeigt aber auch Verständnis für beide Seiten. Am liebsten wären ihm erst Gespräche und dann ein Bauleitverfahren. In einem solchen Verfahren könne man bestimmte Verhaltensweisen und Grenzwerte festlegen – etwa was Geruch, Verkehr oder Lärm angeht. Krattenmacher geht es darum, verbindliche Regeln aufzustellen, mit denen dem Betrieb Grenzen gesetzt werden, aber auch Entwicklungsmöglichkeiten gegeben werden. Die Verwaltung habe der Erweiterung positiv gegenüber gestanden, sagt der Rathaus-chef, es müssten aber auch die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden. Hinzu komme, dass die Sache vor allem rechtlich geregelt werden müsse und nicht kommunalpolitisch. Das generelle Problem: „Es muss die Bereitschaft da sein, dass man miteinander redet.“ Aber: „Für uns als Gemeinde ist es fast unmöglich, bei gegenseitigem Belauern ein Bauleitverfahren durchzuführen“, bedauert Krattenmacher. (mek)

